



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,  
Integration, Kinder und Familie -

## Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 18. April 2018

Vorlagen-Nr. 18-F-05-0017

### Hebammenversorgung in Wiesbaden zukunftssicher gestalten - Antrag der Fraktion FDP vom 11.04.2018 -

Wiesbaden hat derzeit, wie andere Großstädte auch, mit einem gravierenden Hebammenmangel zu kämpfen - und das bei steigender Geburtenzahl. Zu Beginn, während und bei der Nachsorge einer Schwangerschaft treten für viele werdende Mütter und Väter Fragen auf. Die größte Schwierigkeit für Schwangere besteht darin, für die Geburtsvorbereitung und die Wochenbettbetreuung eine freiberuflich tätige Hebamme zu finden. Da es keine zentrale Servicestelle gibt, müssen Schwangere mühsam die einzelnen Kontakte recherchieren und einzeln abtelefonieren.

Wochen- und teilweise monatelange Wartezeiten auf einen Hebammentermin sind die Regel (keine Seltenheit). Nicht nur für Schwangere, sondern auch für die Hebammen selbst bedeutet dies eine große Belastung, da die mit diesem Missstand verbundenen, meist sehr emotional geführten, Gespräche Kraft und auch Zeit kosten. Die Problematik könnte in dieser Hinsicht zum einen durch die Einrichtung einer SERVICESTELLE (ohne Büro), als auch die Einrichtung einer INTERNETPLATTFORM behoben werden, wenn umfassende Informationen zu allen eine Schwangerschaft betreffenden Fragen zentral abrufbar wären. Ein solches Angebot wäre eine große Hilfe und ein wertvolles Serviceangebot für Schwangere auf der einen Seite und auf der anderen auch eine deutliche Entlastung der Hebammen von zeitraubenden Telefonaten - Zeit, die ihnen bei der Betreuung von Schwangeren fehlt. Darüber hinaus könnten auf einer Internetplattform auch alle weiteren Informationen und Angebote für schwangere Frauen veröffentlicht werden, so dass der mühsame Findungsprozess durch eine digitale und zeitgemäße Präsentation ersetzt werden könnte

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit eine Servicestelle und eine Internetplattform eingerichtet werden könnten, um die Angebote von Hebammen und den Bedarf von schwangeren Frauen zu koordinieren:

- a. Eine zentrale SERVICESTELLE mit insbesondere folgenden Leistungen/Funktionen:
  - festgelegter telefonischer Erreichbarkeit
  - regelmäßiger Notfallsprechstunde
  - Koordination von Notfallhausbesuchen
  - Organisation Urlaubs- und Krankheitsvertretungen der Hebammen
  - Kontaktstelle bzw. Ansprechpartnerin für Gynäkologen, Geburtskliniken, Kinderärzte und Beratungseinrichtungen.

- b. Eine zentrale INTERNETSEITE mit insbesondere folgenden Leistungen/Funktionen:
- Bereitstellung aller erforderlichen Informationen zu Wiesbadener Hebammen sowie zu Schwangerschaft, Geburt und Wochenbettbetreuung.
  - Übersichtliche Darstellung von Geburtskliniken und -häusern, Gynäkologen, Beratungseinrichtungen und Leistungen der Krankenkassen
  - Übersichtliche Darstellung von einschlägigen Kursangeboten
  - Mehrsprachige Präsentation der Informationen für Schwangere mit Migrationshintergrund
- 

### **Beschluss Nr. 0052**

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit eine Servicestelle und eine Internetplattform *-ggf. unter Einbeziehung der EGW-* eingerichtet werden könnten, um die Angebote von Hebammen und den Bedarf von schwangeren Frauen zu koordinieren:

- a. Eine zentrale SERVICESTELLE mit insbesondere folgenden Leistungen/Funktionen:
- festgelegter telefonischer Erreichbarkeit
  - regelmäßiger Notfallsprechstunde
  - Koordination von Notfallhausbesuchen
  - Organisation Urlaubs- und Krankheitsvertretungen der Hebammen
  - Kontaktstelle bzw. Ansprechpartnerin für Gynäkologen, Geburtskliniken, Kinderärzte und Beratungseinrichtungen.
- b. Eine zentrale INTERNETSEITE mit insbesondere folgenden Leistungen/Funktionen:
- Bereitstellung aller erforderlichen Informationen zu Wiesbadener Hebammen sowie zu Schwangerschaft, Geburt und Wochenbettbetreuung.
  - Übersichtliche Darstellung von Geburtskliniken und -häusern, Gynäkologen, Beratungseinrichtungen und Leistungen der Krankenkassen
  - Übersichtliche Darstellung von einschlägigen Kursangeboten
  - Mehrsprachige Präsentation der Informationen für Schwangere mit Migrationshintergrund.
- c. *Der Magistrat wird gebeten, die Kosten, die zur Umsetzung dieser unter a und b genannten Maßnahmen nötig sind, darzulegen.*

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2018

Rutten  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2018

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .04.2018

Dezernat III  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich  
Oberbürgermeister